



Wahlprüfsteine zur Landtagswahl in NRW

Fraktionen beantworten die Fragen des SHK-Handwerks

THEMENFELD ENERGIE

- Frage 1:** Mit welchen für Betreiber und Nutzer bezahlbaren Technologien zur Heiz- und Trinkwassererwärmung gedenken Sie kurz-, mittel-, und langfristig CO₂-Einsparungen in NRW im Gebäudebestand zu realisieren?
- Frage 2:** Welche Maßnahmen erachten Sie als sinnvoll, um die Wärmeversorgung – vorrangig im Gebäudebestand – mit regenerativen Energien spürbar voranzutreiben?
- Frage 3:** Halten Sie die Einschränkung der freien Energiewahl der Verbraucher, insbesondere durch Anschluss- und Benutzungszwänge u. a. an Fernwärme oder durch das Verhängen von Verbrennungsverboten, für akzeptabel?



THEMENFELD AUSBILDUNG

- Frage 1:** Wie unterstützen Sie die Attraktivität der dualen Ausbildung im Handwerk, um auch zukünftig eine ausreichende Fachkräfterversorgung im Bau- und Ausbaubereich sicherzustellen?
- Frage 2:** Welche Maßnahmen ergreifen Sie, insbesondere in Bezug auf Lehrende, um Schülern in Abschlussklassen verstärkt Wege für eine berufliche Ausrichtung fernab eines Hochschulstudiums aufzuzeigen?
- Frage 3:** Der Mangel an Berufsschullehrern nimmt systemgefährdende Ausmaße an. Wie beabsichtigen Sie die Anzahl der Lehrenden in diesem Bereich und deren fachliche Qualität für den Bau- und Ausbaubereich zu gewährleisten?



LIEBE LESERINNEN & LESER

Am 15. Mai 2022 wählt Nordrhein-Westfalen einen neuen Landtag. Wir, der Fachverband SHK NRW, sind Ihre politische Interessensvertretung auf Landesebene.

Mit einem geschätzten Umsatz von 9,8 Milliarden Euro im Jahr 2020 stehen die nordrhein-westfälischen Fachbetriebe mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern maßgeblich für Klimaschutz, Energieeffizienz, Badkomfort und Know-how im Sektor der technischen Gebäudeausrüstung.

Fachkräftemangel, Energiewende, Corona und nun die Ukraine-Krise – wir leben in turbulenten Zeiten. Politische Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene beeinflussen maßgeblich Ihre Arbeit. Wo geht die Reise hin?

Wir haben für Sie die derzeit im Landtag vertretenen Fraktionen CDU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und die AfD zu den, für uns zentralen Themenkreisen „Energie“ und „Ausbildung“ befragt. Auf den nächsten Seiten lesen Sie die Antworten auf insgesamt sechs Fragen, die Sie im betrieblichen Alltag betreffen und bewegen. Diese „Wahlprüfsteine“ sollen Sie bei Ihrer persönlichen Entscheidungsfindung zur NRW-Landtagswahl unterstützen und gleichzeitig der Politik Orientierung für die Belange des SHK-Handwerks bieten.

Für welche Position der Fachverband SHK NRW steht und welche Forderungen wir mit der neu gewählten Landesregierung in NRW diskutieren werden, das lesen Sie auf der Rückseite dieser Broschüre.

Hans-Peter Sproten
Hauptgeschäftsführer Fachverband SHK NRW



CDU NRW

Freie
Demokraten
Handwerk
und
Wirtschaft
FDP

GRÜNE
IM LANDTAG NRW

NRW
SPD

AfD
Landtagsfraktion
NRW

THEMENFELD ENERGIE



1 Mit welchen für Betreiber und Nutzer bezahlbaren Technologien zur Heiz- und Trinkwassererwärmung gedenken Sie kurz-, mittel-, und langfristig CO₂-Einsparungen in NRW im Gebäudebestand zu realisieren?

Die CDU steht für einen technologieoffenen Klimaschutz im Gebäudesektor. Unsere ambitionierten Ziele werden wir erreichen, wenn alle CO₂-Minderungsoptionen genutzt werden: vom Austausch der Ölheizung mit einem Gasbrennwertkessel – der mittel- bis langfristig auf klimaneutrale Gase umgestellt werden kann –, der Modernisierung mit Wärmepumpen bis hin zum Einsatz von erneuerbaren Energien wie Photovoltaik, Solarthermie, Biogas-BHKW und Geothermie. Weitere Potenziale bieten die Fernwärmeversorgung und Quartiersansätze. Bei alldem kommt es auf den Einzelfall an. Es gilt, eine Sanierungs-offensive für den Gebäudebestand zu starten, um die CO₂-Minderungspotenziale zu heben.

Wir stehen für einen technologieoffenen Ansatz in der Energie- und Klimapolitik ein. Wir wollen sämtliche Treibhausgasemissionen aus allen Sektoren in den europäischen Emissionshandel miteinbeziehen. Durch das strikte CO₂-Limit werden die Klimaziele sicher und effizient erreicht und CO₂ zunächst dort eingespart, wo die Vermeidungskosten am geringsten sind. Daraus ergibt sich ein Marktpreis für CO₂. Die Wahl der Heiztechnologien überlassen wir daher dem Wettbewerb der Heizungsanbieter und der Nachfrage der Immobilienutzer.

Die aktuellen Preise bei den fossilen Energieträgern zeigen, wie dringlich ein schneller Umstieg auf Erneuerbare Energien in der Wärmeversorgung, nicht nur aus Klimaschutzgründen, ist. Die passende Technologie für die Wärmeversorgung eines Gebäudes oder Quartiers ist unterschiedlich vor Ort zu entscheiden, kommunale Wärmeplanungen können hier aber Orientierung bieten. Klar ist, dass in Zukunft verbaute Systeme mit dem Ziel der Klimaneutralität möglichst bis 2040 vereinbar sein müssen.

Eine Einheitslösung für den Gebäudebestand gibt es nicht. Die SPD tritt für technologieoffene Lösungen ein, die einen wirksamen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Die Investitionen müssen für Investoren und Eigentümer wirtschaftlich tragbar sein, damit es zu einer Massenwirkung im Bestand kommt. Hierzu muss für jedes Gebäude situativ die beste Lösung gefunden werden. Wir wollen deshalb eine zugehende Beratung durch geschulte Energieberater fördern.

2 Welche Maßnahmen erachten Sie als sinnvoll, um die Wärmeversorgung – vorrangig im Gebäudebestand – mit regenerativen Energien spürbar voranzutreiben?

Wir sprechen uns für Anschubförderung zur Markteinführung von Klimaschutztechnologien aus, wie dies bspw. in Nordrhein-Westfalen mit dem Programm progres.nrw – Klimaschutztechnik bereits erfolgreich praktiziert wird. Von 2017 bis 2022 haben wir die zur Verfügung gestellten Fördermittel massiv erhöht und die Förderkulisse modernisiert. Vor allem auf Bundesebene braucht es geeignete Förderstrukturen und Anreize, wie eine attraktive steuerliche Förderung. Dabei muss es vor allem auch um Vertrauen und Planungssicherheit gehen, anders als es die Bundesregierung mit dem KfW-Förderstopp im Januar 2022 vorgeführt hat.

Wir setzen auf einen möglichst diskriminierungsfreien Wettbewerb emissionsarmer Lösungen und möchten dazu auch Hemmnisse für den Einsatz klimaneutraler Wärme abbauen. Dafür schaffen wir die richtigen Rahmenbedingungen, indem wir mit der Ausweitung des EU-Emissionshandels auf den Gebäudesektor Anreize für Investitionen und Innovationen setzen. Erneuerbare Energien im Bestand werden wir mit der Förderung emissionsarmer und intelligenter Klimaschutztechnik vorantreiben und dabei mehr Flächen erschließen, indem wir bspw. PV-Anlagen nicht nur auf, sondern auch an Gebäuden als Bestandteil der Fassaden ermöglichen.

Um ein detailliertes Bild von Wärmequellen und -bedarfen zu erhalten, müssen flächendeckend kommunale Wärmeplanungen als Orientierung erarbeitet werden. Auch eine ansteigende Mindestquote Erneuerbarer Energien beim Heizungstausch kann Fehlinvestitionen vermeiden. Wenn Wärmepumpen mehr und mehr auch im Bestand genutzt werden sollen, braucht es wettbewerbsfähige Strompreise. Dazu kann eine stärkere CO₂-bepreisung mit dem Klimageld als sozialem Ausgleich beitragen.

Der erste Schritt zu einer möglichst klimaschonenden Wärmeversorgung von Bestandsgebäuden muss die Information der Eigentümer über die technischen Möglichkeiten und Kosten sein. Nur durch wirtschaftliche Lösungen können Akzeptanz und damit Massenwirkung durch Investitionen in den Bestand erzeugen. Für die Wohnungsunternehmen müssen steuerliche Hemmnisse beseitigt werden, damit die Versorgung mit regenerativen Energien auch durch sie selbst erfolgen kann.

3 Halten Sie die Einschränkung der freien Energiewahl der Verbraucher, insbesondere durch Anschluss- und Benutzungszwänge u. a. an Fernwärme oder durch das Verhängen von Verbrennungsverboten, für akzeptabel?

Die CDU Nordrhein-Westfalen steht für einen technologieoffenen Klimaschutz im Gebäudesektor. Die konkrete Energieeffizienz- und Klimaschutzlösung sollte durch den konkreten Einzelfall bestimmt sein und nicht durch Bevormundung und Verbote vorgegeben werden.

Wir ziehen den Wettbewerb Anschluss- und Benutzungszwängen vor. Im Rahmen des von uns geforderten sektorübergreifenden Emissionshandels setzen wir auf den technologieoffenen Wettbewerb um die kosteneffizienteste emissionsarme Lösung – und nicht auf Verbote, Einschränkungen oder Zwänge. Nur so können wir die Kosten des Klimaschutzes für Verbraucher möglichst gering halten. Dazu gehört vor allem, dass Verbraucherinnen und Verbraucher frei entscheiden können.

Die Gemeindeordnung NRW gibt den Kommunen die Möglichkeit einen Anschluss- und Benutzungszwang an Fernwärmenetze zu erlassen. Es besteht kein Anlass, den Kommunen diese Option zu nehmen. Wir wollen mit den richtigen Anreizen die Wärmewende in NRW massiv beschleunigen und dafür sorgen, dass möglichst alle neuen Hauswärmesysteme zukünftig klimaneutral betrieben werden können. Einbauverbote für bestimmte Technologien wie Erdgasheizungen liegen in der Gesetzgebungskompetenz der Bundesregierung.

Unter dem Gesichtspunkt der Erfordernisse einer notwendigen Klimawende sind nicht alle Möglichkeiten der Energieversorgung zu befürworten. Auch hier kommt es auf situative Lösungen an. Letztlich muss immer eine Abwägung zwischen wirtschaftlich vertretbaren und gleichzeitig ökologisch sinnvollen technischen Lösungen gefunden werden. Fernwärme ist da, wo sie verfügbar ist, eine sinnvolle Energiequelle zur Wärmeerzeugung in Gebäuden.

THEMENFELD AUSBILDUNG

1 Wie unterstützen Sie die Attraktivität der dualen Ausbildung im Handwerk, um auch zukünftig eine ausreichende Fachkräfteversorgung im Bau- und Ausbaubereich sicherzustellen?

Das Handwerk ist eine tragende Säule unseres Wirtschaftssystems. Es stellt einen Großteil der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze und ist der Ausbilder Nummer 1 in unserem Land. Umso wichtiger ist, die politischen Rahmenbedingungen handwerksfreundlich zu gestalten. Die Energiewende und der Klimaschutz werden ohne das Handwerk, das konkrete Projekte vor Ort umsetzt, nicht gelingen können. Wir werden deshalb eine Fachkräfteoffensive für das Handwerk starten. Zudem werden wir die Modernisierung der überbetrieblichen Ausbildungsstätten fortsetzen und die Digitalisierung der Berufsschulinfrastruktur vorantreiben. Darüber hinaus gilt es, das Azubi-Ticket noch attraktiver zu gestalten. Ebenso ist zu prüfen, inwieweit Azubi-Wohnheime gefördert werden können.

Wir brauchen nicht nur Master, sondern auch Meister. Daher haben wir auch die handwerklichen, technischen und künstlerischen Talente der Schülerinnen und Schüler im Blick. Unsere Schulen vergeben hochwertige mittlere Schulabschlüsse mit hervorragenden Zukunftschancen. Das müssen wir bekannter machen. Wir wollen alle Potenziale für die Gewinnung von Fachkräften mobilisieren und setzen dabei auf Bildung, Teilhabe, Integration und qualifizierte Einwanderung. Zudem wollen wir den „Innovationsdialog Handwerk NRW“ weiter vorantreiben.

Über ein vergünstigtes Azubiticket wollen wir die Mobilität der Auszubildenden ermöglichen und über sogenannte Lernenden-Wohnheime erschwingliche Wohnmöglichkeiten schaffen, damit die Auszubildende auch dahin kommen, wo die freien Ausbildungsplätze sind. Betriebe, die gerne ausbilden wollen, aber nicht die geeigneten Kapazitäten haben, sollen über Verbundausbildungen und einen Ausbildungsfonds in der Lage sein, trotzdem auszubilden. Mit einer Kampagne wollen wir vermitteln, dass das Handwerk ein wichtiger Partner für Energieeffizienz und praktischen Klimaschutz ist. Mit einer Reform der Meisterausbildung, Meistergründungsprämien und mehr Stipendien erhalten Handwerker*innen bessere Aufstiegschancen. Wir wollen Meister und Bachelor rechtlich gleichstellen.

Wir brauchen mehr Berufsorientierung an allen Schulen, um die Handwerker von morgen zu gewinnen. Das Programm „KAoA“¹ muss ausgebaut werden. Die berufliche Bildung ist entscheidend für den Wirtschaftsstandort NRW. Um sie zu fördern, werden wir mit unserem Programm „Gute Berufskollegs 2030“ binnen weniger Jahre alle Berufskollegs sanieren, modernisieren und digitalisieren. Berufskollegs sollen Transformationszentren werden. Wir wollen ein Azubiticket analog zum Studicket und mehr Azubiwohnheime.

2 Welche Maßnahmen ergreifen Sie, insbesondere in Bezug auf Lehrende, um Schülern in Abschlussklassen verstärkt Wege für eine berufliche Ausrichtung fernab eines Hochschulstudiums aufzuzeigen?

Die berufliche Bildung ist das deutsche Erfolgsmodell und der allgemeinen Bildung gleichwertig. Wir brauchen wieder mehr junge Menschen, die sich Ausbildungsberufen widmen. Umso wichtiger ist es aus unserer Sicht jungen Menschen Karrierechancen der beruflichen Bildung aufzuzeigen. Berufsorientierung muss im Rahmen der Initiative „Kein Abschluss ohne Anschluss (KAoA)“ an allen Schulen verankert sein. Wir wollen, dass alle Schülerinnen und Schülern Berufsfelderkundungen und Praktika in einem Handwerks- oder Industriebetrieb machen. Zwar sollte die Arbeitswelt immer live erlebt werden, aber die Erfahrungen aus der Corona-Krise zeigen, dass (ergänzende) digitale Angebote zur beruflichen Orientierung ebenfalls sinnvoll sein können.

Wir wollen, dass im Rahmen der Berufsorientierung während der Schulzeit mehr praktische Erfahrungen in ganz unterschiedlichen Bereichen gesammelt werden können. So sollen auch die beruflichen Möglichkeiten und Entwicklungschancen in Ausbildungsberufen bekannter werden. Um ein gesellschaftliches Umdenken hinsichtlich der Gleichstellung von beruflicher und akademischer Bildung zu erreichen, wollen wir zudem mit einer Qualitätsoffensive und einem Sonderinvestitionsprogramm Haupt-, Real- und Sekundarschulen stärken. Hierzu zählt auch der Ausbau der Vernetzung von Schulen und Ausbildungsbetrieben.

Wir haben – auch gegen Widerstand – durchgesetzt, dass auch Schüler*innen der Gymnasien in den Prozess Berufsorientierung eingebunden werden, die ihnen die Möglichkeiten der beruflichen Bildung nahebringen, weil wir überzeugt sind, dass Kinder, die im Alter von 10 Jahren auf das Gymnasium eingeschult werden, nicht zwangsläufig Abitur und Studium wählen wollen.

Die Talente der Schüler müssen stärker in den Blick genommen werden. Hierzu gehören praktische Unterrichtsinhalte wie Werkunterricht an allen Schulformen der Sek. I und der Ausbau von Berufspraktika. Die Angebote der Berufsorientierung an den BKs² wollen wir in die Sek. I vorziehen. Lehrende sollten verstärkt die Angebote der Bundesagentur für Arbeit nutzen, um Schülern ein breites berufliches Spektrum zu eröffnen. Wichtig ist auch, ihnen die Gleichwertigkeit von Meister und Master nahezubringen.

3 Der Mangel an Berufsschullehrern nimmt systemgefährdende Ausmaße an. Wie beabsichtigen Sie die Anzahl der Lehrenden in diesem Bereich und deren fachliche Qualität für den Bau- und Ausbaubereich zu gewährleisten?

Wir wollen modernste Berufsschulen für NRW. Daher brauchen wir eine Offensive für mehr Lehrpersonal und einen Modernisierungsschub beim Gebäudebestand. Bei der Lehrersituation denken wir langfristig und wollen für die Schülerinnen und Schüler die besten Lehrkräfte an unseren Schulen. Daher sichern wir unseren besten Absolventinnen und Absolventen jedes Jahr eine Einstellung zu. Wir werden die Fortbildungsmöglichkeiten für Lehrkräfte ausbauen. Sie sind der Schlüssel für mehr Qualifikation. Wir werden die Studienberatung intensivieren, um jungen Menschen die Perspektiven in Mangelfächern aufzuzeigen. Gleichzeitig versuchen wir den Lehrermangel mit vielfältigen Maßnahmen abzufedern, zu denen weiterhin der Seiteneinstieg gehört.

Wir wollen den Lehrkräftemangel strukturell beheben, indem wir die Kapazitäten der Ausbildung von Lehrkräften für die Berufskollegs ausbauen und den Zugang zum Studium erleichtern. Zu diesem Zweck wollen wir mit den Hochschulen für angewandte Wissenschaften Modelle der Lehrkräfteausbildung für den Bereich der beruflichen Bildung entwickeln. Zudem streben wir mit den Hochschulen einen Pakt für mehr Qualität in der Lehrerausbildung an. Mit mehr Flexibilität in der Lehrkräftelaufbahn sorgen wir dafür, dass Personen mit entsprechenden Qualifikationen als „Praxislehrer“ ihre Erfahrungen und ihr Wissen an Berufsschulen vermitteln können und wirken zugleich dem Lehrermangel entgegen.

Die Hürden für Seiten- und Quereinstieg müssen gesenkt werden, verbunden mit einer wesentlich verbesserten Möglichkeit der Qualifizierung. Außerdem brauchen Berufskollegs personelle Verantwortung, die ihnen ermöglicht, jenseits der bürokratischen und zeitraubenden Einstellungspraxis der Bezirksregierungen, Fachkräfte zu gewinnen und zu halten.

Eine Maßnahme ist, gezielt die HAWs³ in die Lehrkräfteausbildung für BKs einzubinden. Wir werden zudem den Seiteneinstieg öffnen und praktische Berufserfahrungen anerkennen, um erfahrene Handwerker als Lehrende für BKs zu gewinnen. Für Werkstattlehrkräfte mit Meister werden wir Aufstiegsmöglichkeiten schaffen. Fachkräfte, die Azubis ausbilden, haben bereits Lehrerfahrungen. Für die fachliche Qualität braucht es hochwertige Fortbildungen und BKs, die zeitgemäß ausgestattet sind.

¹ Initiative „Kein Abschluss ohne Anschluss“

² Berufskolleg

³ Hochschule für Angewandte Wissenschaften (gemeint sind u. a. vormals Fachhochschulen)



POLITISCHE FORDERUNGEN DES FACHVERBANDES SHK NRW



ENERGIE

Das SHK-Handwerk setzt auf individuelle Beratung und Technologieoffenheit, denn aktuell werden rund 75 % aller Wohngebäude mit fossilen Energieträgern beheizt. Deshalb fordern wir:

- realisierbare Maßnahmen zur Abkehr von fossilen Energieträgern.
- Systemoffenheit und freie Energieträgerwahl zur Erreichung der maximalen CO₂-Einsparung bei jedem einzelnen Bau- und Ausbauprojekt.
- Abbau von Planwirtschaft mit Anschluss- und Benutzungszwängen.
- Bürokratieabbau, insbesondere bei Genehmigungsverfahren.
- eine langfristige, verlässliche und hindernisarme Fördermittelstrategie.

AUSBILDUNG

Das SHK-Handwerk installiert die Energiewende im Gebäudesektor. Wir benötigen deutlich mehr Fachkräfte, um die Ziele der Politik zu erreichen. Deshalb fordern wir:

- Bereitstellung einer intakten Infrastruktur im Berufsschulbereich zur Sicherstellung einer qualifizierten Ausbildung.
- konkrete Maßnahmen zur Lehrkräftesicherung im Bau- und Ausbaubereich u. a. durch den Abbau von Barrieren für Quereinsteiger*innen.
- stärkere Anstrengungen allgemeinbildender Schulen, um Jugendlichen Ausbildungsberufe im Handwerk (insb. Anlagenmechaniker*in für SHK-Technik) nahezubringen.
- Abkehr von einseitigen Empfehlungen für eine Hochschulbildung durch eine offensive Positionierung und öffentliche Wertschätzung pro duale Ausbildung im SHK-Handwerk.

Wir stehen bereit für den Austausch mit der Politik, der Branche und der Öffentlichkeit.



Fachverband Sanitär Heizung Klima NRW
Jahnstraße 52 | 40215 Düsseldorf
0211 69065-0 | info@shk-nrw.de | www.shk-nrw.de